

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/110

Bonn, den 14. Juni 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Nüchtern und illusionslos</u> Aufpassen, wenn der Zug abfährt ..	22
1	<u>Rückenstärkung für Moro</u> Zum Ausgang der italienischen Gemeindewahlen	26
2	<u>Ein guter Gedanke</u> Die Berufung eines wissenschaftlichen Beraterteams beim Parteivorstand der SPL	40
3	<u>"Volksschule plus Realschule"</u> Verbindung beider Schultypen zeigte in Hessen gute Erfolge	45
4	<u>Tor zu Skandinavien</u> Vor dem Beginn der Kieler Woche	50
5	<u>Nicht mehr wie zu Vaters Zeiten</u> Zornige junge Männer in den Kibbutzim fordern Reformen Von Gad Redlich, Tel Aviv	57

+ + +

## Nüchtern und illusionslos

---

Aufpassen, wenn der Zug abfährt...

sp - Seitdem die Mächtigen dieser Erde wissen, daß bei annähernder Gleichwertigkeit des Rüstungspotentials in Ost und West keines der sie bedrängenden Probleme mit militärischen Mitteln gelöst werden kann, verändert sich zusehens die politische Landschaft. Schwerpunkte von Konfliktmöglichkeiten verlagern sich, langjährige Bündnisse sind schweren Belastungsproben ausgesetzt. Ost und West sind auf der Suche nach einer "neuen Politik". Charakteristisch für diesen Zustand ist die Steigerung früher scheinbar reibungslos verlaufener Ministerkonferenzen Beschlüsse, die eigentlich gefaßt werden müßten, werden vertagt. Der Westen starrt gebannt auf den bevorstehenden Besuch de Gaulles in Moskau, der Osten entwickelt eine fieberhafte Aktivität bei seinen Verbündeten und den Neutralen, um zu erreichen, daß einige von ihnen nicht sofort abspringen und andere neutral bleiben.

Ob sich die große Wende anbahnt, ob die seit fast zwei Jahrzehnten für unerschütterlich gehaltenen politischen und militärischen Bündnis-konstruktionen neuen Realitäten weichen müssen, ist noch nicht sicher. Vieles von dem, was wir jetzt in Ost und West beobachten, mag Taktik sein; vielleicht auch ein Pokerspiel, angelegt, um die andere Seite zu bluffen. Es kann aber auch sein, daß neue Einsichten und neue Realitäten tatsächlich zu einer neuen Politik drängen. Wir in Deutschland tun gut daran, alle diese Vorgänge illusionslos und nüchtern zu betrachten. Wir müssen nur scharf aufpassen, daß der Zug nicht ohne uns abfährt.

+ + +

## Rückenstärkung für Moro - Gemeindewahlen in Italien

---

sp - In 378 italienischen Gemeinden, darunter Rom, Pisa, Genua, Florenz und Bari, waren die Gemeindevertretungen neu zu wählen. Die Regierung der linken Mitte, geführt von dem Christdemokraten Moro und seinem Stellvertreter, dem Sozialistenführer Nenni, sah den Ausgang mit einiger Besorgnis entgegen. Immerhin gingen in diesen Teilwahlen fünf Millionen Italiener zur Wahlurne; sie entschieden mit darüber, ob das Experiment der linken Mitte bei den Wählern noch weiterhin Anklang findet oder auf Ablehnung stößt. Das Überraschende bei diesen mit viel Spannung erwarteten Wahlen: Die Kommunisten mußten in einigen Gebieten wesentliche Verluste hinnehmen. Ihr noch vor Jahren fast nicht aufzuhaltender Vormarsch scheint nun gestoppt zu sein. Die eigentlichen Gewinner sind die Sozialdemokraten. In manchen Orten wurde die auf sie entfallende Stimmenzahl im Vergleich zu den letzten Gemeindewahlen verdoppelt, in der Hafenstadt Genua, einer kommunistischen Hochburg, sind die Sozialdemokraten nun mit sieben, statt wie bisher mit fünf Sitzen in der Stadtverwaltung vertreten. Die Christdemokraten vermochten im allgemeinen ihre Stellung zu halten, in einigen Regionen ihre Positionen zu verbessern, in der gefährdeten Provinz Rom gewannen sie sogar noch einen Sitz hinzu, während die Kommunisten ein Mandat verloren. Auch die Nenni-Sozialisten konnten trotz eines heftigen kommunistischen Ansturms ihre Stellung behaupten - ein gutes Indiz für die noch in diesem Sommer fällige Fusionierung von Sozialdemokraten und der Nenni-Partei. Sie marschierten bei diesen Teilwahlen noch getrennt. Der Zusammenschluß beider Parteien gibt der italienischen Innenpolitik konsolidierende Züge; geschlossen werden sie in der Lage sein, ihr Aktionsfeld in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu erweitern.

+ + +

Ein guter Gedanke

Zur Berufung eines wissenschaftlichen Beraterteams  
beim Parteivorstand der SPD

sp - Es war ein guter und eigentlich schon längst fälliger Gedanke, der das Präsidium der SPD bewog, den auch in der internationalen Fachwelt hochangesehenen Professor Leo Brand aus Düsseldorf als wissenschaftlichen Berater für die SPD zu berufen. Professor Leo Brand wurde einer größeren Öffentlichkeit durch sein Referat über die Folgen der zweiten Industriellen Revolution gehalten auf dem Münchener Parteitag der SPD im Jahre 1956 bekannt. Mit ihm bilden Professor Georg Mechner, Direktor am Max Planck Institut für Biologie in Tübingen und Professor Walter Weizel, ordentlicher Professor für theoretische Physik an der Universität Bonn ein Team, das die Entwicklung der Naturwissenschaften im In- und Ausland aufmerksam beobachten und Grundlagenforschung für daraus resultierende notwendige politische Entscheidungen betreiben soll.

Die Politik kommt heute ohne die tatkräftige Mitwirkung von Wissenschaftlern nicht mehr aus. Auch in den weiten Bereichen der Naturwissenschaften vollziehen sich in unserer Zeit geradezu revolutionäre Entwicklungen, deren Kenntnis und Verwertung für die Politiker unentbehrlich sind. Die SPD hat auf Förderung von Lehre und Forschung der Naturwissenschaften schon immer großes Gewicht gelegt, werden doch hier die Grundlagen für die Zukunft geschaffen, die uns als Volk einen gleichwertigen Platz mit anderen Industrienationen sichern. Da sind freilich beträchtliche Mangelercheinungen zu verzeichnen. Etwa die Vernachlässigung der Mathematik und Naturwissenschaften an unseren höheren Schulen, das Fehlen von Lehrern in diesen Fächern, unzureichende Studienplätze und ein zu langsamer Ausbau der Forschungsstätten und ihrer Einrichtungen. Sicherlich werden die drei Wissenschaftler aus ihrem reichen Erfahrungsschatz heraus in der Lage sein, wertvolle Anregungen und Anstöße zu geben, die dann in der praktischen Politik ihren Niederschlag finden.

Die Pflege von Kontakten zwischen produktiven Naturwissenschaftlern und Ingenieuren rechnet die SPD zu ihren Aufgaben. Die Verbindung zu den aktiven Persönlichkeiten dieser Fachgebiete soll auch außerhalb der Partei gefördert werden, weil die hohe Bewertung der Wissenschaft immer zu den politischen Ideen der SPD gehört.

Die Zeiten sind vorbei, in denen es Politiker zur Ehre gereichte, wenn sie aus einer mäzenatischen Gesinnung die Wissenschaften förderten. Die SPD hat seit langem erkannt, daß die Wissenschaft ein lebenswichtiger Faktor der Wirtschaft und der menschlichen Gesellschaft ist, dessen Bedeutung viel zu lange unterschätzt worden ist.

## "Volksschule plus Realschule"

Verbindung beider Schultypen  
zeigte in Hessen überraschend gute Erfolge

sp - Die mit Volksschulen verbundenen Realschulen in Hessen sind jetzt auf 153 angestiegen. Anlässlich der Einweihung einer solchen Schule sagte Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn: "Die Förderung des Volks- und Realschulen hat ein unerwartetes Ergebnis gezeigt: Während 1963 sechs Prozent der Realschulabsolventen zu Gymnasien übergangen mit dem Ziel, das Abitur zu erlangen, ist dieser Anteil 1965 auf 10,6 Prozent gestiegen - er hat sich also nahezu verdoppelt."

Dieser Schultyp "Volks- und Realschule" gehört in Hessen zu denen, die in ländlichen Gebieten besonders gefördert werden. Im Schulsystem der ersten Nachkriegsjahre wurden die verschiedenen Begabungsrichtungen der Kinder und Jugendlichen nicht gleichmäßig berücksichtigt. Die überwiegend manuell veranlagten Kinder wurden in der Volksschule, die stärker intellektuell begabten in der Höheren Schule unterrichtet, während die Ausbildung der Schüler nur wenig gepflegt worden ist, die vorwiegend gehobenen praktischen Berufen zuneigten oder eine Tätigkeit vorzogen, die zwischen dem Ausführen und Planen vermittelte. Die damals in verschiedenen Bereichen des Landes Hessen bestehenden Mittelschulen hatten zwar beachtliche Erfolge aufzuweisen. Sie vermochten aber nicht alle pädagogisch-psychologischen Forderungen zu erfüllen und suchten ihre Schüler nicht in erster Linie aus den verschiedenen Begabungsrichtungen. Die Folge: Viele Schüler versagten später in Gymnasien oder mußten anderen Schulformen zugeführt werden.

Schon 1951 wurden in Hessen versuchsweise Realschulen eingerichtet, und zwar durch Neuerrichtungen oder Umwandlung bestehender Mittelschulen, durch Einrichtung von sechsklassigen Aufbauzügen an den Volksschulen oder durch gänzliche oder teilweise Umwandlung von Höheren Schulen in eine selbständige Realschule. Aus diesem Versuch, so stellte Kultusminister Professor Dr. Schütte fest, ist ein Erfolg geworden. Die Realschule erwies sich als die angemessene Schulform für diejenige Begabungsrichtung, die zwischen den "überwiegend manuell Veranlagten" und den "stärker intellektuell Begabten" steht

Die besondere Förderung des Schultyps "Volksschule plus Realschule" durch die hessische Landesregierung erfolgt nicht, weil etwa die Bedeutung der selbständigen Realschule verkannt wurde, sondern weil die Wünsche der Eltern sorgfältig beachtet wurden und werden. Dieser Schultyp bietet den Schülern mehr Wahlmöglichkeiten; die Kinder verbleiben bis zum 16. Lebensjahr in ihren Heimatbereich. Und außerdem gewährleistet auch hier die Integration der Lehrer von Volks- und Realschule den richtigen Einsatz der wertvollen Fachkräfte.

Für viele andere Bundesländer, vor allem auch für das schulpolitisch so rückständige Nordrhein-Westfalen, ist auch dieser hessische Versuch ein nachahmenswertes Beispiel.

+ + +

## Tor zu Skandinavien

---

### Vor dem Beginn der Kieler Woche

Kiel - Die "Kieler Woche 1966" beginnt am 18. Juni und wird am 26. Juni mit einem großen Feuerwerk über der Kieler Förde beendet. Die Landeshauptstadt im Norden wird wiederum zeigen, was im letzten Jahr geleistet worden ist.

Kiel lag Ende des letzten Weltkrieges als ehemalige Rüstungs- und Kriegsmarinestadt in Trümmern. Ihr verstorbener Oberbürgermeister, der Sozialdemokrat Andreas G a y k, war es, der die Kieler Woche wieder ins Leben rief und der Stadt die großen Hoffnungen für eine glückliche Zukunft zunächst gab und dann die Ansätze dafür schaffte. Zur traditionellen Segelwoche kamen auf seine Initiative die Komponenten Kultur und Politik. Unter seinem Nachfolger, dem heutigen SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Hans M ü t h l i n g wurde diese neue Tradition fortgesetzt und das Tor nach Skandinavien weit aufgestoßen.

Jetzt, unter dem dritten sozialdemokratischen Oberbürgermeister nach dem Kriege, Günther B a n t z e r, bereitet Kiel sich für die vierte Juni-Woche auf einen neuen glanzvollen Höhepunkt vor. Das große kulturpolitische Leitwort lautet diesmal "Information oder Suggestion. - "Die Massenmedien in unserer Gesellschaft". Bedeutende Männer und Frauen aus der Bundesrepublik und Skandinavien werden nach Kiel kommen, um ihre Auffassung darüber zu sagen.

Bundespräsident Dr. Lübke kommt ebenso gern und regelmäßig zur Kieler Woche wie sein Vorgänger, der verstorbene Professor Heuß. In diesem Jahr wird Dr. Lübke mit Prinz Philip, dem Herzog von Edinburgh, in Kiel während der glanzvollen Festwoche zusammentreffen. Beide werden ferner gemeinsam die altherwürdige Hansestadt Lübeck an der Zonengrenze besuchen.

Das Bonner Diplomatische Corps ist wie in jedem Jahr eingeladen. Diesmal sind die Zusagen noch umfassender als früher. Aus Dänemark, Finnland und Schweden kommen Delegationen der Parlamente, darunter der Präsident des Kopenhagener Folketings, der Sozialdemokrat Laurits Julius Bomholt.

Zum Schluß der Kieler Woche wird sich Bundespräsident Dr. Lübke ein wenig bei seiner Schwägerin, der Gattin des verstorbenen Ministerpräsidenten P. W. Lübke, auf dem Bauernhof Aagaard bei Flensburg erholen. Dann kommt er wieder für zwei Tage nach Kiel. Er wird dann mit dem italienischen Ministerpräsidenten Aldo Moro zusammentreffen, der zuvor Bonn besucht.

+ + +

## Nicht mehr wie zu Vaters Zeiten

---

Zornige junge Männer in den Kibbutzim fordern Reformen

Von Gad Redlich, Tel Aviv

Zugegeben, wer nach Israel kommt, spürt selbst bei den jugendlichen in der Stadt einen großen Unterschied zu ihren Altersgenossen in punkto Lebensstandard und gestellten Ansprüchen. Noch positiver ist das Bild, wenn man sich den arbeitenden jungen Leuten in den Kibbutzim, den landwirtschaftlichen Kollektivsiedlungen zuwendet. Doch bei aller Energie und aller Bereitschaft zu persönlichen Opfern - die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in Israel geht auch in den Siedlungen nicht spurlos vorbei.

In der Zentrale aller der Mapai zugehörigen Kibbutzim in Tel Aviv wurde kürzlich Alarm geschlagen. Mit Schrecken hörten die alten Chaverim der Pionierzeit, daß in einer Siedlung die Jugend drauf und dran sei, mit bis dahin unbekanntem Reformen zu beginnen. Ihre Forderungen: Kein gemeinsamer Eßsaal mehr, sondern eine angebaute Küche an jedes Haus, kein jährliches Taschengeld, sondern ein festes Grundgehalt, mit dem jedes Kibbutzmitglied nach eigenem Gutdünken verfahren könnte. Grund für diese geplanten Neuerungen war eine seit langer Zeit mit Sorge beobachtete Abwanderung der jungen Kräfte. Dank der im Kibbutz erworbenen Tüchtigkeit konnten sich diese "Abtrünnigen" schnell zu gutverdienenden Familienvätern entwickeln; die teilweise spöttisch auf die in der Siedlung gebliebenen Freunde herabblickten.

Die Organisation der Kibbutzim sann auf Rat. In einer eilig einberufenen Mitgliederversammlung wurden die Bewohner des Kibbutz beschworen, nicht von den Idealen der ersten Pioniere abzuweichen und sich dem schändlichen Verrat zu ergeben. Die Beschwörungen hatten Erfolg - zumindest für den Augenblick. Bei einer geheimen Abstimmung entschied sich der größere Teil - vorwiegend ältere Mitglieder - die seitherige Form des Zusammenlebens beizubehalten.

Zusätzlich mußte noch gesagt werden, daß der Lebensstandard in dieser Siedlung verhältnismäßig hoch ist. Mit dem Durchschnittseinkommen eines Fachmanns in der Stadt kann jedoch trotz aller Gemeinschaftsleistungen ein Kibbutzmitglied nicht konkurrieren. Und so mußten sich nach der Abstimmung die alten Chaverim von den jungen Mitgliedern sagen lassen, daß das Gespenst einer verstärkten Abwanderung deutlicher denn je seinen Spuk treiben werde.

Noch deutlicher wurde das junge Mitglied einer Siedlung, die einem stärker linksgerichteten Verband angehört, um daher noch mehr ein ideal-kommunistisches Gemeinschaftsleben verfolgt. Seine Ansichten: Selbst wenn die Väter diese Art von Zusammenleben gewünscht hätten, sei die Jugend noch lange nicht verpflichtet, diesen Stil beizubehalten. Recht und billig sei es außerdem, wenn jeder, der Dienst in der Siedlung geleistet hat, von der Gemeinschaft eine Entschädigung erhält. - Wer das Leben in einem Kibbutz kennt, und sowohl mit den Vor- als auch Nachteilen vertraut ist, kann die Größe des Schocks, den solche Ereignisse zwangsläufig hervorrufen müssen, ermessen. Unter einer Decke von Zufriedenheit und dem Gefühl der Geborgenheit in der Gemeinschaft gärt es. Nicht, daß aus den selbstlosen Kibbutz-Mitgliedern reine Materialisten zu werden drohen. Die Ereignisse sind nur ein Symptom dafür, daß bei steigendem Lebensstandard der Kibbutz in der bisherigen Form nicht mehr in der Lage ist, die Bedürfnisse seiner Mitglieder der Außenwelt anzupassen. Er gerät in eine andere Lage, in der er sich vor einer oder zwei Generationen befand. - Täuschen würde sich auch, wer aus diesen Ereignissen auf einen Mangel an Pioniergeist in den Siedlungen schließt. Wenn Israel jedoch heute schon den Lebensstandard Österreichs erreicht hat - woran auch die derzeitige wirtschaftliche Lage nichts ändern kann - erscheint es nur richtig, daß auch die Siedler in den Kibbutzim ihr Stück vom Kuchen haben wollen.